

FINANZZZEITUNG

Gut verdrahtet

Notheis leitet das deutsche Geschäft von Morgan Stanley **SEITE 25**

Gut reagiert

Madoffs Frau schafft rechtzeitig Millionen beiseite **SEITE 27**

DIE CHARTS DER WOCHE:
Aktienkurse, die auffallen
www.handelsblatt.com/charts

13./14./15. FEBRUAR 2009 | NR. 31

WWW.HANDELSBLATT.COM

SEITE 21



Aus dem Rahmen gefallen

Staatliche Museen sparen Millionen, indem sie ihre Werke nicht versichern. Das bringt die Assekuranz und Sammler auf, die sich nun wehren wollen. **SEITE 24**

Foto: Alamy/mauritus images [M]

RIECKES RÜCKFRAGE

*Lieber hart,
aber fair*

Not schärft die Sinne, heißt es. Die vergangene Woche belegt das Gegenteil. Niemals scheint die Verwirrung darüber, welche Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen sind, größer als heute. Dazu vier Beispiele. Erst ruft Lloyd Blankfein dazu auf, das Fair-Value-Prinzip bei der Bilanzierung von Risikopositionen nicht leichtfertig über Bord zu werfen. Nur die Bewertung zu Marktpreisen, so der Chef von Goldman Sachs, zwingt die Banken dazu, eiserne Disziplin zu wahren. Am nächsten Tag verschiebt die UBS Schuldtitel vom Handels- in das Kreditbuch, um sie nicht mehr zu Marktpreisen bewerten zu müssen.



**TORSTEN
RIECKE**

Korrespondent
Handelsblatt,
Zürich

Mitte der Woche schlägt sich Credit Suisse auf die Seite von Blankfein und verzichtet auf die Bilanzkosmetik. Konzernchef Brady Dougan nennt das Vorgehen der Rivalin UBS „schlechte Geschäftspolitik“. Und nun wird bekannt, dass die Bundesregierung auf eine strikte Einführung des Fair-Value-Prinzips für den Mittelstand verzichten will. Schließlich sei die teuflische Marktbewertung mit schuld an dem Desaster. Wenn der Kompass fehlt, ist ein Ausweg aus der Krise schwierig zu finden.

Zunächst müssen wir mit der Mär aufräumen, die Krise sei ein Produkt zu strenger Bilanzregeln. Das Gegenteil ist der Fall. Blankfein hat recht: zu viele Finanzhäuser haben es versäumt, ihre Risiken rechtzeitig zu Marktpreisen zu bewerten. Alles andere ist Geschichtsklitterung. Spötter mögen fragen, wie man Marktpreise für Papiere ermitteln will, wenn es für diesen Giftmüll keinen Markt mehr gibt. Das Argument ist jedoch nicht stichhaltig.

Wer eine bessere Orientierung in dieser schwierigen Frage sucht, sollte sich die verwandte Diskussion um eine „Bad Bank“ in den USA anschauen. Die Amerikaner beißen sich genau an der Bewertungsfrage die Zähne aus. Warum zögert wohl die Regierung, den Banken ihren Subprime-Müll abzunehmen? Und warum finden sich kaum private Investoren dafür? Weil alle nur den „fair value“, also einen möglichst marktnahen Preis zahlen wollen, und um solche Preise wird ernsthaft gerungen. „Fair value“ impliziert deutliche Abschreibungen, ob es einen liquiden Markt gibt oder nicht. Wollen wir die Vertrauenskrise wirklich dadurch lösen, dass wir das letzte Zutrauen in die dubiosen Bankbilanzen durch politisch motivierte Mondpreise zerstören? riecke@handelsblatt.com

Die Kunst des Versicherns

Öffentliche Museen brauchen für Gemälde keine Police – das ärgert Sammler und Assekuranz

RITA LANSCH | KÖLN

Wie die Diebe es geschafft haben, weiß keiner so genau. Als vor einem Jahr in Pfäffikon abends der Alarm losging, war es bereits zu spät: Zwei vom Hannoveraner Sprengel-Museum an das Seedamm Kulturzentrum entlehene Picasso-Gemälde waren einfach verschwunden. Trotz Belohnung sind die berühmten Ölbilder „Tête de cheval“ und „Verre et pichet“ bis heute nicht wieder aufgetaucht. Immerhin hat die Versicherung bezahlt: 3,6 Mio. Euro.

Auf Geld von der Versicherung können Sammler jedoch immer seltener hoffen – zumindest wenn sie ihre Schätze an öffentliche Museen ausleihen. Die sind im Gegensatz zum Seedamm Kulturzentrum, das in Privatbesitz ist, häufig nicht versichert. Angesichts knapper öffentlicher Kassen verzichten staatliche Aussteller auf den Abschluss von Policen und verweisen stattdessen auf die (kostenlose) Haftung des Staates. Zum Ärger der Sammler – oft bekommen sie nicht jeden Schaden erstattet. Zum Ärger der Versicherer – ihnen geht Geschäft durch die Lappen. Und möglicherweise auch ein Verstoß gegen EU-Recht. Das bescheinigt zumindest ein aktuelles Gutachten im Auftrag des Branchenverbands GDV.

Bund und Länder haften für alles mögliche, wie Schäden durch Terroranschläge oder Überschwemmungskatastrophen. Dafür sind im Bundeshaushalt pauschal eine Mrd. Euro reserviert. Diese Staatshaftung wird auch kostenlos für Kunstausstellungen genutzt. Bund, Länder und Kommunen machen rege davon Gebrauch. Otmar Böhmer, Geschäftsführer der Kunstsammlung NRW beteuert; „Bei uns können Leihgeber darauf vertrauen, dass ihre Exponate genau so abgesichert sind, wie in den Bedingungen der Versicherer.“ Es gebe allerdings Länder, die nicht alles abdeckten, räumt er ein.

Der GDV will sich jetzt wehren. Eine Arbeitsgruppe ist gebildet. Ein Gutachten beauftragt. Verfasser Hermann-Josef Bunte kommt darin zu dem Schluss, die Staatshaftung für Kunstausstellungen stelle in jedem Fall „eine unzulässige Beihilfe im Sinne von Art. 87 Abs. 1 EG dar“, denn sie werde ohne marktübliche Prämie gewährt. Als marktübliche Prämie gelte die von den kommerziellen Kunstversicherern berechnete Versicherungsprämie.

Diese Einschätzung teilen auch andere Wettbewerbsexperten: „Der Beihilfevorwurf scheint mir auf den ersten Blick nicht von der Hand zu weisen zu sein“, attestiert etwa Versicherungsrechtsexpertin Petra Pohlmann, derzeit Cambridge. Es dränge sich spontan die Parallele zur Gewährträgerhaftung der Landesbanken und Sparkassen auf. Bunte Gutachten besagt zudem, dass die unzulässige Beihilfe nicht als Kunstförderung zu rechtfertigen sei, da sie ja nur öffentlichen Museen und Ausstellern – nicht privaten – zugute komme.

Obendrein bescheinigt der Wettbewerbsrechtler dem Staat ein „kartellrechtlich bedenkliches Verhalten“. Sowohl die Kunstversicherer



Gestohlen und bis heute nicht wieder aufgetaucht: „Tête de cheval“ von Picasso.

Umkämpfter Markt

Die Spieler

Die größten auf Kunst spezialisierten Versicherer sind **Axa Art, Allianz**, der Londoner **Lloyd's Markt**, über den **Hiscox** anbietet sowie **Gothaer, Mannheimer, Nürnberger, Victoria**. Das Marktvolumen in Deutschland wird auf 50 Mio. Euro geschätzt.

Das Paket

Anders als Hausratpolicen deckt die Kunstversicherung alle erdenklichen Risiken ab – selbst Schäden durch Unachtsamkeit von Angestellten.

Die Preise

Aus den Prämien macht die Branche ein Geheimnis. Bekannt ist aber, dass die Beiträge seit Jahren sinken.

Der Sonderservice

Kunstversicherer erstatten nicht nur die Schäden. Sie helfen auch bei der Wiederbeschaffung und Restaurierung. Meist dauert es acht bis zehn Jahre, bis gestohlene Bilder wieder auftauchen.

als auch die benachteiligten Museen und Aussteller, die nicht in den Genuss der Staatshaftung kommen, könnten gegen den Versicherungsschutz vom Staat klagen.

Die Versicherer drohen nun mit dem Kadi: „Die Finanzminister müssen damit rechnen, dass Versicherer, Makler oder von der Staatshaftung ausgeschlossene Museen rechtliche Schritte in Erwägung ziehen“, warnt Ulrich Guntram, Vorstandsvorsitzender der **Axa Art Versicherung** in Köln. Sie schätzt, dass den privaten Versicherern durch die beitragsfreie Staatshaftung in Deutschland pro Jahr mindestens 75 Mio. Euro verloren gehen. Der Umsatz liegt bei 50 Mio. Euro (siehe „Umkämpfter Markt“). Guntram warnt auch, dass der kostenlose Schutz vom Staat zu Erosion des Sicherheitsbewusstseins und der Sicherheitsstandards in öffentlichen Museen führen könne.

Die Mängel der Staatshaftung hat jüngst ein deutscher Sammler erfahren müssen. Sein eine halbe Mio. Euro teures Gemälde hat er für drei Wochen in einem spanischen Museum ausgestellt und die dortige Staatshaftung akzeptiert. Das Bild ist zum Glück nicht gestohlen worden. Es kam aber beschädigt zurück. Jetzt ist es rund 150 000 Euro weni-

ger wert. Bisher hat der generöse Leihgeber noch keinen Cent Entschädigung gesehen.

Da nicht dokumentiert ist, ob der Schaden in der Ausstellung oder während des Transports passiert ist, bleibt dem privaten Sammler nur der Gang vor das spanische Gericht. Eine private Versicherung für das wertvolle Gemälde hätte den Aussteller zwischen 700 und 1200 Euro Versicherungsprämie gekostet. Das ist viel Geld für gerade mal drei Monate Kunstgenuss.

Die Kosten einer privaten Versicherung aber würden die meisten Museumshaushalte überfordern. Axa Art schlägt als Lösung deshalb eine Zusammenarbeit von privater und staatlicher Versicherung (Public-Private-Partnership) vor. Der Versicherer könne dann für die nötige Expertise im Umgang mit der wertvollen Leihgabe sorgen und eventuelle Schäden professionell managen. Guntram ist für alles offen. Es könne etwa eine Pool-Lösung geben, ähnlich wie bei Pharma- und Atomrisiken, oder aber der Staat könne als Rückversicherer auftreten. In jedem Fall ließen sich so die Wettbewerbsverzerrungen begrenzen.

KUNSTMARKT SEITEN 48-51